

Resolution

der Delegiertenversammlung der IG Metall Braunschweig zur Tarifauseinandersetzung in Ostdeutschland

24.06.2003

Die Delegierten der IG Metall Braunschweig erklären ihre Solidarität mit den streikenden Kolleginnen und Kollegen der Metall- und Elektroindustrie in Sachsen und Brandenburg, die eine Angleichung der Arbeitszeit auf 35 Std. fordern.

Die Deutsche Einheit muss sich nunmehr auch bei den Arbeitsbedingungen niederschlagen. Gleiche Arbeit für gleichen Lohn ist das Ziel der IG Metaller und Metallerinnen nicht nur in den ostdeutschen Bundesländern.

Die Ost-Arbeitgeber haben mit ihrer Blockadepolitik die Verhandlungen scheitern lassen - ein kompromissfähiges Angebot wurde von ihnen nicht unterbreitet. Sie treiben mit ihrer starren Haltung auch unbeteiligte Firmen und Arbeitnehmer im Westen mit in die Auseinandersetzung, die durch Mangel an Zulieferteilen bereits betroffen sind.

Die Delegierten der IG Metall kritisieren scharf die Einmischung und Schützenhilfe von Arbeitgeberfunktionären und einigen Politikern, die angesichts der Lage im Tarifkonflikt-Ost die Einschränkung der Tarifautonomie fordern. Vollmundig wird der „freie deutsche Arbeiter“ angesichts des 50-jährigen Jahrestages des 17. Juni 1953 gelobt und sein Mut beschworen, sich gegen bestehende Verhältnisse aufzulehnen, andererseits sind es gerade diese Personen, die heutzutage am liebsten die Tarifautonomie und das Streikrecht aus unserer Verfassung und unseren Gesetzen getilgt hätten.

Darüber hinaus stellen die Delegierten fest: Der Arbeitskampf Ost hat angesichts der vielfältigen Konzernverflechtungen auch Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen im Westen. Neben den bereits genannten Wechselwirkungen durch fehlende Zuliefererteile auch auf die Erpressbarkeit durch unterschiedliche Arbeitszeiten - längere Arbeitszeiten (ohne Lohnausgleich) im Westen werden von einigen Arbeitgebern lauthals gefordert und machen die gemeinsamen Interessen deutlich.

Einige Unternehmer haben bereits eingelenkt, den Arbeitgeberverband verlassen und einen Haustarif abgeschlossen, der wie in der ostdeutschen Stahlindustrie einen Stufenplan zur Einführung vorsieht, der über einen längeren Zeitraum die Umsetzbarkeit gewährleistet und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Betriebe berücksichtigt.

Das kann aber nicht der Weg zur Lösung des Konfliktes sein. Wir warnen davor, leichtfertig ein hohes Gut „den Flächentarifvertrag“ auf das Spiel zu setzen. Er garantiert die gleichen Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch die gleichen Konkurrenzbedingungen für die Unternehmer - mit denen sie ihre Planungen vornehmen können und vergleichbare Wettbewerbsbedingungen schaffen.

Wir, die Delegierten der IG Metall Braunschweig, fordern deshalb die Arbeitgeberverbände Ost nachdrücklich auf, die Verhandlungen wieder aufzunehmen und ein kompromissfähiges Angebot zu unterbreiten. Wir werden nicht tatenlos zusehen, wie die Blockade der Scharfmacher im Arbeitgeberlager vernünftige Lösungen verhindert. Unsere Unterstützung und Solidarität mit unseren Kolleginnen und Kollegen im Osten werden wir nötigenfalls in der nächsten Woche auch hier im Westen deutlich machen.

**Wir fordern die OST-Arbeitgeber auf:
Verhandeln sie JETZT - vereinbaren sie mit der IG Metall jenseits von
Ideologien vernünftige Lösungen!!!**